

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

349

II. Ausgabe

Wien, am 21. Dezember 1932.

Budgetberatung 1933.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. Dezember 1932.

Vorsitzender Weigl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr. Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe IV des Voranschlages für 1933.

Vorsitzender Weigl teilt mit, dass als nächster Redner GR. Dr. Riehl vorgemerkt ist. Da Dr. Riehl im Saale nicht anwesend ist, verliert er das Wort.

St. R. Weber bemerkt in seinem Schlusswort, die Wohnungspolitik der Gemeinde sei sowohl was die Aufbringung der Geldmittel als auch deren Verwendung betrifft, durchaus kein Experiment mehr, wie das GR. Biber meinte. Unsere Methode hat sich glänzend bewährt und haben ein allen Fachleuten imponierendes gewaltiges Ergebnis gehabt. Wir haben an die 60.000 Wohnungen fertiggestellt, ohne uns zu verschulden, wir haben Wohnungen zu dem niedrigsten Mietzins erstellt, wir haben sie nicht teurer erbaut, als sie sonst erbaut ^{werden,} ~~und~~ es sind vollkommen einwandfreie Wohnungen. Dass sich der Besitz der Gemeinde in den letzten zehn Jahren vermehrt hat, ist durchaus kein Unglück und dass es leere Wohnungen insbesondere leere Grosswohnungen gibt, ist keine singuläre Erscheinung, eine Erscheinung, die nicht auf die Wohnungspolitik der Gemeinde oder auf den Mieterschutz zurückgeführt werden kann. Die Erscheinung ist ebenso z. B. in Berlin zu konstatieren, wo ganze Strassenzeilen leer sind. Die Frage ob die Gemeinde Hausherr sein müsse, kann gewiss verschieden beantwortet werden, aber jedenfalls hat die bisherige Art der Häuserverwaltung der Gemeinde keine Unannehmlichkeiten bereitet. Der Mieterschutz ist für uns nicht, wie GR. Biber meinte, eine wahlpolitische, sondern eine sozialpolitische Angelegenheit (Lebh. Beifall b. d. Soz.). Wir behüten durch unsere Wohnungspolitik und durch den Mieterschutz die Bevölkerung davor, dem Kapital gegenüber tributpflichtig zu werden. Wohl steht unsere Wohnungspolitik in der Welt noch einzig da, aber zu dieser Art der Wohnungspolitik wird es im Laufe der Zeit in allen Kulturländern und Kulturstätten kommen (Lebh. Beifall b. d. Soz. - Lachen und Zwischenrufe bei d. Opposition). Eine Bilanz über den Stand der Bauarbeiten ist intern aufgestellt worden, darüber und über das Bauprogramm für das nächste Jahr wird bei nächster Gelegenheit im Ausschuss berichtet werden. Normen für die Arbeitsvergebungen bestehen bereits. Schwarzlisten gibt es nicht. Selbstverständlich bevorzugen wir, was wir auch immer erklärt haben, nicht Unternehmungen, die mit ihren Arbeiten und Angestellten nicht den Frieden halten, der in allen übrigen Unternehmungen gehalten wird. Entscheidend für die Zuteilung der Arbeiten ist vor allem die fachliche und materielle Eignung des Unternehmens. Unter gleichen Verhältnissen wird jene Unternehmer beschäftigt, die bis nun am wenigsten beschäftigt waren. St. R. Weber befasst sich sodann im einzelnen mit den von den Debatteredner berührten Fragen. Was die Frage des Einfamilienhauses betrifft, so ^{befinden} von der Gemeindeverwaltung 10 Prozent aller neuerrichteten Wohnungen in Einfamilienhäusern, ein Prozentsatz der nirgends erreicht wurde. Der Forderung nach Teilung der Grosswohnungen verschliessen wir uns keinesfalls, jedoch ist eine solche Teilung nach unseren Erfahrungen entweder nicht möglich oder mit ausserordentlich hohen Kosten verbunden. GR. Griessler hat gemeint, dass man das Wohnungselend beseitigen könnte, wenn man die Juden in den Gemeindewohnungen kündigt. Ganz abgesehen davon, dass es nicht der Standpunkt eines Verwalters sein kann, die Menschen in Juden und Nichtjuden einzuteilen ... (Lebh. Zwischenrufe bei den Nat. - GR. Weikert: Das ist der Juden-knechtstandpunkt. - GR. Mühlberger: Für Sie sind die Juden alles!) Was hätten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Sie dem, wenn Sie das nicht hätten (Lebh. Heiterkeit und Beifall b.d. Soz.)
In unserer Verwaltung werden weder die einen bevorzugt, noch
die anderen benachteiligt. Bei uns sind alle Staatsbürger gleichberechtigt.
(Lebh. Beifall b.d. Soz.) Mit dem Antrag Griessler, dass bei den Wohnungsvergeben vor allem deutsche/ bodenständige/ Volksgenossen berücksichtigt werden, werden offene Türen eingerannt. Denn nach dem Punktesystem wird auf diese Umstände ohnedies Rücksicht genommen (Lebh. Zwischenrufe b.d. Nat.) St. R. Weber äusserst sich sodann zu den Anträgen des GR. Swoboda und empfiehlt deren Annahme. Zu dem Antrag betreffend die Erhöhung der Bodenwertabgabe vom verbauten Grund weist er insbesondere darauf hin, dass, wie die Gemeinde Wien an den städtischen Hausbesitz konstatieren könne, sich in der inneren Stadt und in den vornehmen Wohnvierteln bereits eine sehr beträchtliche Rentenbildung vollzieht. Es ist gewiss nicht ungerath, wenn man versucht, diese Rente abzuschöpfen. St. R. Weber reflektiert schliesslich auf die Bemerkung des GR. Biber, dass die chr. Partei eine andere Auffassung von der Demokratie habe als die Sozialdemokraten. Er bemerkt, dass es der Minderheit selbstverständlich unbenommen sei, Kritik und auch scharfe Kritik zu üben und dass die Minderheit das Recht der Kontrolle habe, eine Kontrolle, die im Gemeindehaushalt ausserordentlich gross ist. Diese Rechte dürfen aber nicht zu demagogischen Spaziergängen missbraucht werden. (Lebh. Beifall b.d. Soz.) Wir haben immer sachlich begründete Anträge ernstlich geprüft und waren bestrebt, auch Anträge der Minderheit im Rahmen des Möglichen zu verwirklichen. St. R. Weber bittet schliesslich um Annahme des Voranschlags.

Vorsitzender Weigl leitet sodann die Abstimmung über den Voranschlag der Gruppe IV ein.

GR. Dr. Riehl (nat.) ersucht den Vorsitzenden, bei der Abstimmung über die Anträge Swoboda zunächst über jenen Antrag abzustimmen, der eine Wohnbausteuer für leerstehende Wohnungen vorsieht. Und dann wäre über den Antrag betreffend das Einweisungsrecht abzustimmen, da wann der erste Antrag angenommen wird, es nicht möglich wäre, auch noch den zweiten Antrag anzunehmen... Vorsitzender Weigl unterbricht den Redner, indem er ihn aufmerksam macht, dass er sich zur Abstimmung zum Worte gemeldet habe und daher metorische Ausführungen nicht zulässig seien. Im übrigen erklärt er, dem Wunsch des GR. Dr. Riehl Rechnung tragen zu wollen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Swoboda betreffend die Wohnbausteuer für leerstehende Wohnungen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, die übrigen Anträge Swoboda mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Ullreich betreffend eine Abänderung des Gesetzes über die Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund wird dem Magistrat zugewiesen, die übrigen in der Debatte gestellten Anträge werden abgelehnt. Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe IV wird angenommen.

Vor der Abstimmung hatte GR. Dr. Riehl beantragt gemäss § 20, Punkt 3 der Geschäftsordnung die Debatte über die Mitteilungen des St. R. Weber betreffend die Zinse in den städtischen Wohnhäusern zu eröffnen.

Vorsitzender Weigl machte darauf aufmerksam, dass es sich hier nicht um die den Punkt der Geschäftsordnung vorgesehenen Mitteilungen des Vorsitzenden oder vom amtsführenden Stadtrat handle, dass St. R. Weber vielmehr das Schlusswort nach einer bereits abgeschlossenen Debatte gehalten habe. Nach dem Schlusswort des Referenten sei eine Wiedereröffnung der Debatte nicht zulässig.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen leitet amtsführender Stadtrat Linder mit folgendem Bericht ein:

Das Budget der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen ist mit einem Bruttobetrag von 26,050.970 Schilling veranschlagt. Diesem Betrag stehen Einnahmen in der Höhe von 16,236.510 Schilling gegenüber, sodass die Nettoausgaben 9,814.460 Schilling betragen.

Die Aufgaben der Verwaltungsgruppe beinhalten ausser der Verwaltung der Märkte, Schlachthäuser und Lagerhäuser auch die Beschaffung der Baustoffe sowie die Agenden des Wirtschaftsamtes. Das Wirtschaftsamt hat an der Durchführung der angeordneten Sparmassnahmen tatkräftig mitgewirkt. Mit Rücksicht auf die Lage des Warenmarktes war mit weiteneren Preisrückgängen zu rechnen; jedenfalls waren Preissteigerungen nicht zu befürchten. Das Wirtschaftsamt hat daher von der Tötigung grösserer Schlüsse abgesehen oder ist nur in Schlüsse mit Baisseklausel eingegangen und hat fallweise den sich jeweils ergebenden Bedarf auf verhältnismässig kurze Zeitperioden eingedeckt. Das Wirtschaftsamt, das, wo nur irgend möglich, inländische Ware kauft, liess sich insbesondere den immer stärkeren Verbrauch inländischer Brennstoffe angelegen sein. So wurden für den heurigen Winter 25.000 Tonnen inländischer Kohle abgeschlossen und nur 16.000 Tonnen oberschlesischer Steinkohle, gegenüber einem Verbrauch von 18.000 Tonnen inländischer Kohle und 20.000 Tonnen oberschlesischer Steinkohle im vergangenen Winter.

Die Einschränkung der Bautätigkeit der Gemeinde Wien als der grössten Bauherrin im Bundesstaate hatte nicht nur auf Industrie und Gewerbe im Bundeslande Wien, sondern auch auf die anderen Bundesländer seine Rückwirkung; betrug doch der Anteil der Bundesländer an der Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien im Jahre 1929 rund 14.7 Millionen oder 41 Prozent, im Jahre 1930 rund 14.5 Millionen oder 40 Prozent und im Jahre 1931 rund 13.1 Millionen oder 44 Prozent.

Eine nennenswerte Verteuerung des Warenpreises ist nur in einem Falle eingetreten, und zwar als Folge der Zollerhöhung auf gusseiserne Abfallrohre, die im Preise um 26 Prozent gestiegen sind.

Die im August 1932 eingeführte Krisensteuer brachte eine Erhöhung der Materialpreise um durchschnittlich etwa 2.6 Prozent mit sich.

Wenn auch die bedrängten wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde nicht gestatteten, wie in früheren Jahren umfangreiche Grundkäufe durchzuführen, so konnte die Gemeinde dennoch auch heuer durch ^{sechzehn} Grundkäufe ihren Grundbesitz um 68.522 Geviertmeter erhöhen. Veräusserungen von unbeweglichem Eigentum der Gemeinde wurden nur dann vorgenommen, wenn Rücksichten auf die Stadtregulierung oder die Förderung privater Bautätigkeit dies notwendig machte.

Sofern der umfangreiche städtische Grundbesitz nicht für eigene Zwecke der Gemeinde wie z.B. für Parkanlagen, Wohnhausbauten oder für Zwecke der städtischen Unternehmungen wie Strassenbahn, Friedhöfe, Strassensäuberung u.dgl. Verwendung findet, wird er so verwaltet, dass er den jeweiligen Verhältnissen entsprechend Nutzen bringt. Die Gründe werden in den äusseren Bezirken für landwirtschaftliche und gärtnerische Zwecke verpachtet, in den inneren Bezirken für gewerbliche Zwecke vermietet. Durch diese Art der Grundverwendung trägt die Gemeinde zweifellos beträchtlich zur Versorgung der Grosstadt Wien mit Gemüse aller Art, Milch und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten bei.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

Aber auch den für eine Riesenstadt vom Umfange Wiens sich ergebenden wichtigen Aufgaben, die sich auf die Gesundheit und körperliche Ertüchtigung ihrer Bewohner beziehen, ist die städtische Grundverwaltung gerecht geworden, indem sie zahlreiche und ausgedehnte Liegenschaften für Sport- und Spielplätze, Kinderhorte, Bäder, öffentliche Parkanlagen, Kleingärten u. s. w. zur Verfügung stellte. Der Land- und Forstwirtschaft wurden 1392 Hektar, den Berufsgärtnern 202 Hektar und für Sportflächen 137 Hektar zur Verfügung gestellt.

Die Marktbeschickung auf dem Naschmarkt war infolge der guten Obst- und Gemüseernte eine sehr gute. Grosse Bedeutung kommt der Einführung der Krisensteuer zu, die sich beim Handel mit Gemüse, Obst und Agrumen als eine Verdopplung der Warenumsatzsteuer auswirkt.

Das Viehverkehrsgesetz hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1932 für die Beschickung des Zentralviehmarktes insoferne eine Aenderung gebracht, als am Schweinemarkt um 140.000 Stück Fleisch- und Fettschweine weniger aufgetrieben wurden. Die Auftriebe auf dem Rinder-, Jung- und Stechviehmarkt blieben fast unverändert. Die Preise für Rinder haben sich in den ersten zehn Monaten des Jahres 1932 nur wenig verändert, hingegen haben die Preise für Fleisch-, Fett- und Weidenschweine bedeutende Erhöhungen erfahren. Das Viehverkehrsgesetz hat eine derartige Aenderung des Verhältnisses der Auftriebziffern für Rinder und Schweine des Inlandes zu den Auftriebziffern des Auslandes geschaffen, dass es notwendig sein wird, eine Gebührenreform in die Wege zu leiten. Die Zufuhren von Rindfleisch in die Grossmarkthalle sind um 10 Prozent, von Kalbfleisch um 30 Prozent und von Schweinefleisch um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Die Drosselungen sind am stärksten bei Kälbern aus Polen, dessen Einfuhr von 180.000 Stück auf 29.000 Stück gegen das Vorjahr, also um 84 Prozent zurückgegangen ist. Die Preise für Fleisch haben derzeit bereits eine solche Höhe erreicht, dass selbst im Falle ein weiteren Sinkens das Angebotes die Bevölkerung infolge der geschwächten Kaufkraft nicht mehr in der Lage sein wird, höhere Preise zu bezahlen. Die geringe Marktbeschickung hat auch eine Verminderung der Marktgebühren zur Folge und ist dadurch in den ersten neun Monaten des Jahres 1932 eine Mindereinnahme von 125.000 Schilling verzeichnen.

Vom Veterenäramt wurden in den städtischen Schlachthöfen bis 1. Oktober d. J. 389.848 Rinder, Kälber, Schweine und Pferde, auf privaten Schlachtstätten 260.554 Tiere untersucht. Bei diesen amtlichen Untersuchungen mussten 3975 Tiere als minderwertig oder bedingt tauglich der Freibank überwiesen werden, während 712 Tiere als zum menschlichen Genuss ungeeignet dem städtischen Wasenmeister übergeben werden mussten.

Die Lagerhäuser konnten ihren Geschäftsumfang erweitern, wengleich auch die mit den technischen Fortschritten des Verkehrswesens eingetretener Beschleunigung und Verbilligung des Gütertransportes die dauernde Versorgung mit Waren direkt vom Produktionsgebiet aus immermehr erleichtert und im gleichen Ausmass der Handelswelt die mit Zinsverlusten und Mehrkosten verbundene Anschaffung und Einlagerung von Vorräten erspart. Mit Rücksicht auf das dadurch stark reduzierte reine Lagergeschäft hat die Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien in letzter Zeit vorsorglicherweise die Betriebe Kainanlage, die Veredlungsanlage und das Kühllagerhaus zusammengezogen, anderseits sich aber nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten umgesehen. So wurden Einrichtungen geschaffen, die der in- und ausländischen Handelswelt einen Anreiz bieten sollen, den Transportweg über Wien zu wählen, wo sie ihre Waren, hauptsächlich landwirtschaftlich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Prödukte, verbessern und verarbeiten und dadurch für den Inlandbedarf wie für den Transithandel marktfähiger und preiswerter machen können. Vor allem wurden die Einrichtungen für Entstaubung, Reinigung und Sortierung von Getreide und Mais in einer Weise ausgebaut, dass sie nach quantitativer und qualitativer Leistung von keinem ähnlichen Unternehmen des Kontinents erreicht werden dürften. Auch die Mehlsieb- und Mischanlage wurde durch Umbau verbessert.

Der Warenein- und Ausgang in den städtischen Lagerhäusern betrug vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1929 1,670.700 Zentner, vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1930 2,550.900 Zentner, vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1931 3,431.100 Zentner und vom 1. Jänner bis 31. Oktober d.J. 3,611.900 Zentner.

In der Hoffnung, dass die gegenwärtig überall herrschenden, den Gütertausch hemmenden Tendenzen doch wieder einen freieren Handelsverkehr weichen werden und dass an Stelle des zwischen den zwei grössten österreichischen Verkehrsunternehmungen, Bundesbahn und heimische Donauschiffahrt, bestehenden, den Wiener Umschlagplatz schwer schädigenden Konkurrenzkampfes ein friedliches Zusammenarbeiten zur Hebung des Verkehrs über Wien treten wird, wollen die Lagerhäuser der Stadt Wien weiter bemüht bleiben, durch Ausbau ihrer verkehrswerbenden Einrichtungen beizutragen, dass sich Wien zur Handels- und Verkehrszentrale Mitteleuropas emporarbeitet. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

GR. Huka (christ. soz.) weist darauf hin, dass im Voranschlag der städt. Lagerhäuser die Einnahmen aus den Gebühren für das kommende Jahr ^{mm} 537.000 Schilling höher eingesetzt sind. Da nicht anzunehmen ist, dass sich der Umsatz bei der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung um so viel erhöhen wird, kann diese Mehreinnahme nur auf eine allgemeine Erhöhung der Gebühren zurückzuführen sein. Auch für die Hauptbezüge des Personals ist, trotzdem der Personalstand eine rückläufige Bewegung genommen hat, um 253.000 Schilling mehr präliminiert. Das Lagerhaus hat für die Defizite der Vorjahre in einem Jahr 378.000 Schilling und für die Investionskredite 202.000 Schilling, zusammen 580.000 Schilling an Zinsen aufzubringen. Da kann man kaum von einer geregelten Betriebsführung sprechen. Es kann nicht wunder nehmen, dass dieser einst glänzende Betrieb so heruntergewirtschaftet wurde, da an Stelle eines bewährten Fachmannes ein Protektionskind ^{als Leiter} gestellt wurde. Auch bei den Märkten und Schlachthöfen sind die Einnahmen an Gebühren um 145.000 höher veranschlagt, obwohl der Auftrieb infolge des Viehverkehrsgesetzes und des gesunkenen Fleischkonsums gewiss nicht grösser sein. Die den veränderlichen Markt- und Schlachthausgebühren zu grunde zu legende Grundgebühr soll von 1.15 Schilling auf 1.60 Schilling erhöht werden. Im Jahre 1923 hat die Fleischversorgungsanstalt an Gebühren 2,350.000 Schilling abgeworfen, im Jahre 1933 sollen es schon 6,880.000 Schilling sein. Bei den Markt- und Brückenwagen haben die Gebühren im Jahre 1923 140.000 Schilling betragen, im Jahre 1931 1,064.000.-- Schilling. Insgesamt ^{wurden} die Gebühren von 2,500.000 Schilling im Jahre 1923 auf 7,999.000 Schilling im Jahre 1930 erhöht. Auch die Kühlraumgebühr soll um 100 Prozent erhöht werden. Wie verantwortungslos die Gemeinde Gelder der Allgemeinheit verausgabt, beweist der Umstand, dass man eine Anlage von Kühlschränken, die 300.000 Schilling oder noch mehr gekostet hat, in den Betrieb übernahm, trotzdem man zum Zeitpunkt der Uebnahme schon gewusst hat, dass die Annahme vollständig verpfuscht ist. Merkwürdig ist auch die Kündigungspraxis der Gemeinde,

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Die Gemeinde hat sich das Recht vorbehalten, ohne Angabe eines Grundes zu kündigen, Ausserdem besteht die Praxis, dass Gewerbetreibende, die ein bestimmtes Quantum wöchentlich nicht verkaufen, innerhalb 14 Tagen gekündigt werden. Nach dem Umsatz bestimmen sich nämlich die Marktgebühren. Merkwürdig ist, dass solche Kündigungen noch nie einen Sozialdemokraten betroffen haben. (Hört, Hört, bei den Christl. soz.) Ein solches Vorgehen muss als ^{höchst} unsozial und unmoralisch bezeichnet werden. (Beifall bei den Christl. soz.)

Zu bemängeln ist auch die Bevorzugung des Wirtschaftskonzerns der Gemeinde. Der Redner stellt den Antrag: Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI wird beauftragt, die dem Wirtschaftskonzern der Gemeinde seinerzeit erteilte, unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr zu rechtfertigende Bewilligung, an Samstagen ausserhalb seiner ohnehin bestehenden 8 Verkaufsstände an einem besonders bevorzugten Platze detaillieren zu dürfen, sofort zu widerrufen und jede Bevorzugung des Konzerns gegenüber anderen Gewerbetreibenden in Zukunft zu unterlassen.

Auf Anraten politischer Scharlatane hat die Gemeinde in der Grossmarkthalle 125 Stände errichtet, die für Fleischhauerei- und Selchereibetriebe absolut ungeeignet sind. Obwohl der Bedarf für eine so grosse Zahl von Ständen nicht gegeben ist, wollte man offenbar Konjunktursozialisten befriedigen. Im ersten Stock wurde eine Gehilfengarderobe nebst einer Brauseanlage errichtet. Diese Garderobe ist aber nicht für alle Gehilfen der Grossmarkthalle zugänglich, einem Gehilfen hat man seine Kleider vor die Türe gelegt, weil er nicht dem Zentralverband der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter beigetreten ist. (Hört, Hört, Rufe bei den Chr. soz.) Redner stellt daher den Antrag: Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI wird beauftragt zu veranlassen, dass der Mietvertrag mit dem Zentralverband der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter und -Arbeiterinnen Oesterreichs, betreffend die Gehilfengarderobe in der Grossmarkthalle, ehestens gekündigt wird, damit der Zutritt zu dieser Garderobe allen in der Grossmarkthalle beschäftigten Gehilfen ausnahmslos ermöglicht wird. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Gratzenberger (nat.) bringt zunächst die Verhältnisse auf den Vieh- und Schlachthöfen zur Sprache und beklagt sich darüber, dass hier die Ausgabenpost wesentlich gekürzt wurde. Besonders zu bedauern ist es, dass an den Dienstkleidern in den Vieh- und Schlachthöfen gespart wurde obwohl gerade dort ein sehr grosser Verbrauch an Dienstkleidern stattfindet. Man hat in den Vieh- und Schlachthöfen Arbeitsgemeinschaften der Lohnschlächter gebildet, hinter die sich die Gemeindevverwaltung stellt, sodass diese Lohnschlächter ein förmliches Schlachtmonopol haben. Diese Leute verdienen 200 S und mehr in der Woche. Andererseits haben aber diese Arbeitsgemeinschaften zur Folge, dass die kleinen Fleischhauer bei diesen Arbeitsgemeinschaften schlachten lassen. So ist die Arbeitslosigkeit unter den Fleischhauser- und Selchergehilfen ganz ausserordentlich angewachsen. Es gibt heute schon mehr als 2000 arbeitslose Fleischhauer und Selchergehilfen. Diese Arbeitslosen werden in die Arbeitsgemeinschaften nicht hineingelassen. Es ist kein Wunder, dass unter den Arbeitslosen grosse Erbitterung herrscht, insbesondere wenn man bedenkt, wie sehr sich die einzelnen Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft bereichert haben. Der Obmann der Arbeitsgemeinschaft auf dem Rinderschlachtmarkt hat es zu einem Wirtschaftsbesitzer gebracht, er hat ein Haus in Erdberg und hat sich als echter Prolet eine Jagd gepachtet. Ein zweiter ist Hausbesitzer. Eine Reihe anderer Angehöriger der Arbeitsgemeinschaft sind Jagdmänner, während die Arbeitslosen verhungern. Der amtsführende Stadtrat sollte hier umsoher

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

zum Schutze seiner Beamten nach dem Rechten sehen, als angesichts der grossen Ueberschüsse dieser Arbeitsgemeinschaften das Gerücht umgeht, dass Magistratsbeamte bestochen werden. Der Redner stellt den Antrag: Um den Arbeitslosen Fleischhauern- und Selchergehilfen Arbeit zu geben, wird das Kontumazschlochthaus für neue Lohnschlächterpartien sofort freigemacht. Der Redner beschäftigt sich sodann mit den Zuständen im Lagerhaus und erinnert daran, dass St.R. ^{Linder} selbst Unregelmässigkeiten im Lagerhaus zugegeben habe. Der Herr Kasparek, um den es sich hier handelt, macht aber heute noch Dienst und terrorisiert die Menschen weiter. Wir verlangen darüber Aufklärung.

Der Redner beschäftigt sich sodann eingehend mit der Baustoffe A.G. Diese Gesellschaft hat es darauf abgesehen gehabt, durch unsaubere und unkorrekte Geschäftsgebarungen das private Gewerbe zurgrundezurichten. Da hat man als ^{zuerst} Organisator einen jüdischen Friseurgehilfen namens David Haas, einen Mann aus Ostgalizien hingesetzt und dann einen zweiten Reorganisator, ebenfalls einen Juden namens Hirsch aus Tischnovice. Wie dort reorganisiert wurde, kann man aus dem Akt des Straflandesgerichtes ersehen, in dem festgestellt ist, dass diese Baustoffe A.G. verschiedene diffamierende Manipulationen an den Bundesbahnen begangen hat. All das ist sehr aufklärungsbedürftig. Die Gerichtsverhandlungen, die es da gegeben hat, ergeben ein ganz wunderbares Bild. Natürlich wird dieser Prozess wieder von zwei jüdischen Advokaten geführt. In einem amtlichen Schriftstück ist festgestellt, dass die Baustoffe A.G. im Jahre 1927 ^{zuerst} Sand unter den Gestehungskosten geliefert hat und dass sie dann nachträglich um eine durchschnittliche Aufzahlung von S 2'20 per Kubikmeter ersucht hat, welchem Ersuchen auch stattgegeben wurde. Natürlich haben auch die Privatfirmen die Nachzahlung verlangt und auch darüber läuft ein Prozess. Erst in der jüngsten Zeit wurde von einem Mann an den Bürgermeister eine Eingabe gerichtet, in der schwere Vorwürfe gegen verschiedene Gemeinderäte erhoben werden. Wenn der Mann Unrecht hat, sollte man ihn klagen. Da dies nicht geschieht ist es offenbar, dass es hier etwas zu verheimlichen gibt. Sie müssen endlich einmal damit Schluss machen, sich in einer solchen Art gegen das bodenständige Gewerbe zu vergehen. Unsere Anträge, dass bei den Arbeitsvergaben das Kleingewerbe berücksichtigt werde, haben nichts genützt. Vielleicht liegt der Grund hierfür darin, dass Sie Ihre Verwaltungsräte nicht um ihren Verdienst bringen wollen. Wenn man im Kompass nachsieht, findet man, dass eine Reihe ihrer Parteigenossen, die hier im Gemeinderat sitzen, Verwaltungsratsstellen und sonstige Geschäftsfunktionen haben, so der Herr Bermann, der Herr Broczyner bekleidet nicht weniger als 10 Ausschussmandate, Herr Vozebürgermeister Emmerling, Stadtrat Richter, GR. Grolig, GR. Jenschick und so weiter (Zwischenrufe b. d. Mehrheit. - GR. Bermann: Das sind doch lauter unbezahlte Stellen! Kennen Sie das Unvereinbarkeitsgesetz nicht? Wenn irgendein Gehalt bezogen wird, so muss er doch abgeliefert werden. - Zwischenrufe) Der Redner stellt den Antrag, der Bürgermeister sei aufzufordern zu veranlassen, dass bei Vergabung von Arbeiten und Aufträgen durch die Gemeinde nur Angehörige der bodenständigen deutschen Bevölkerung vornehmlich aber die durch die ungeheuren Steuern notleidend gewordenen Gewerbetreibenden und kleineren Betriebe berücksichtigt werden. Die Auswahl im Einzelfall erfolgt jeweils auf Grund einer Ausschreibung wobei es keinen Ausschliessungsgrund zu bilden hat, dass der Offersteller mit seinen Steuern und Abgaben im Rückstande ist oder nicht. Er stellt weiter

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

VIII. Blatt

den Antrag, dass die Lehrmittel an den Volks- und Hauptschulen ab 1. Jänner 1933 nur mehr jenen Kindern kostenlos ausgefolgt werden sollen, deren Eltern österreichische Bundesbürger sind und über ein monatliches Einkommen von höchstens 600 S verfügen. Er befasst sich sodann mit den Fortbildungsschulen und verweist darauf, dass die Gemeinde den Fortbildungsschulrat bis zum 31. Dezember 1931 nicht weniger als 2'6 Millionen schuldiggeblieben sei, sodass sich der Fortbildungsschulrat aus dem sogenannten Notvorrat 1'6 Millionen entleihen musste. In den Fortbildungsschulen macht sich vor allem der sozialdemokratische Einfluss geltend. Man will die jungen Leute weniger fachlich, als zu guten Marxisten erziehen. Die Lehrer sind direkt unter ein Zwangsverfahren gestellt. Einer der besonders diese Methoden anwendet ist GR. Pap anek. Der Fortbildungsschulrat hat nicht weniger als 2 Oberdirektoren und 1 Amtsdirektor, während es im Frieden nur einen einzigen Direktor gegeben hat. Wie die Personalpolitik dort ist, ersieht man daraus, dass zum Beispiel dem Direktor Täubler nicht nur seine Schuljahre, sondern auch seine Dienstzeit als Redakteur der Arbeiterzeitung eingerechnet wurde. (Hört Hört bei den Nat.) Von den 17 Dienstärzten die es dort gibt, sind nicht weniger als 14 Juden. Auch der Chefarzt Stellvertreter ist ein Jude. Der Redner erklärt schliesslich, dass seine Partei auch den Voranschlag dieser Gruppe ablehne. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Dr. Hengl (christl. soz.) stellt fest, dass es auch dem gegenwärtigen amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI als Landeskulturreferenten nicht gelungen ist, für die Landeskultur einen nennenswerten Betrag im Voranschlag durchzusetzen. Obwohl Wien eine Grossstadt ist, zählt es doch über 2.200 landwirtschaftliche und Gärtnereibetriebe, um die sich die Gemeinde mehr kümmern sollte, als es bisher der Fall war. Durch die Unterstützung des Bauernbundes ist es seinerzeit gelungen, die Landwirtschaft von der Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund freizukommen, aber die Stellen des Magistrates bemühen sich, den klaren Text des Gesetzes und der Durchführungsverordnung zu sabotieren. Es ist Pflicht des Landeskulturreferenten, dafür zu sorgen, dass effektiv landwirtschaftlich benützte Grundstücke von der Bodenwertabgabe befreit werden. Bei dieser Abgabe ist auch sehr zu beklagen, dass das Verfahren vollständig stockt. besteht fast 3 Jahre und es gibt noch immer eine Unzahl von Gründen, bei denen die Bemessung nicht durchgeführt worden ist. Auch die Einschätzungen erfolgen ganz willkürlich. Wenn eine Partei die Einspruchsfrist auch nur um einen Tag versäumt, wird sie kontumaziert und muss den ganzen Betrag nachzahlen, ohne dass sie eine Rekursmöglichkeit hat. Auch die städt. Pächter, denen es zumeist nicht gut geht, müssen Nachzahlungen von vielen hunderten Schillingen leisten. Während sich die Mehrheit des Gemeinderates immer als patentierte Sportförderer hinstellt, hat sie auf der anderen Seite die Sportvereine durch die Bodenwertabgabe zu grunde gerichtet. Im November wurde in dem zuständigen Gemeinderatausschuss ein Antrag angenommen, dass die Bodenwertabgabe für jene Gründe, die die Gemeinde an Sportvereine verpachtet hat, von den Pächtern getragen . Es wäre zu wünschen, dass man auch jenen Sportvereinen in dieser Frage entgegenkommt, die ihre Sportplätze auf privaten Grundstücken haben. Auch aus den Kreisen der Schrebergärtner hört man schwere Beschwerden über die schikanöse Auslegung des Bodenwertabgabegesetzes.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

Der Redner ersucht den amtsführenden Stadtrat, den alten Wunsch der Landwirtschaft nach Pauschalierung der Fürsorgeabgabe endlich zu erfüllen und die Gärtner über die sie sehr beunruhigenden Gerüchte von einer Verlegung des Volkswehrmarktes zu beruhigen. (Beifall bei den Chr. soz.)

GR. Mühlberger (nat. soz.) wünscht Auskunft darüber, warum der Beitrag für die Benützung von Schulräumen durch Parteien und Vereine für das kommende Jahr gegenüber dem Vorjahre eine Verminderung von 35.000 Schilling und gegenüber 1931 sogar eine Verminderung von 58.000 Schilling aufweist. Er beschwert sich darüber, dass einer grossen Reihe völkischer Turnvereine die Turnzeiten in den Turnsälen gekürzt oder gar entzogen wurden. Czechen, Juden und derartiges Gesindel wird von der Gemeinderatsmehrheit bevorzugt, die deutsche bodenständige Jugend kann vor die Hunde gehen. Der Redner stellt den Antrag, dass den deutschen Turnvereinen Dornbach - Neuwaldegg, Rudolfsheim, Strebersdorf, Gersthoferturnverein, Männerturnverein Hernals, Deutsche Turngemeinde Wien die entzogenen Turnzeiten wieder zugestanden werden sollen. Das dem Deutschen Turnverein Mariahilf zugefügte Unrecht soll sofort wieder gutgemacht werden. Dem Gau Wien des Deutschen Turnerbundes soll die Benützung des Jörgerbades zu den gleichen Bedingungen und Rechten gestattet werden, wie sie dem Arbeiter-Turnverein eingeräumt wurden. Schliesslich sollen in Zukunft alle Ansuchen um Bewilligung von Turnzeiten in städt. Turnsälen, auf Spiel- und Turnplätzen und in städt. Bädern ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung des Bewerbers erledigt werden. (Beifall bei den Nat. soz.).

Vorsitzender GR. Dr. Neubauer ruft GR. Mühlberger wegen des Ausdruckes " Gesindel " zur Ordnung.

GRin. Schlödinger (christl. soz.) beschäftigt sich eingehend mit dem Schulwesen und führt u. a. aus, dass trotz des bestehenden Mangels an Schulen bisher nur eine einzige Schule, und zwar die in Kagran, errichtet worden ist. Diese Schule ist eine Luxusschule, mit der die Schulverwaltung nur nach Effekt haschen will. Trotzdem Mangel an Schulen werden Schulen aufgelassen, wird die Zahl der Klassen herabgesetzt. Bei den Schulauflassungen werden die Ortsschulräte gar nicht gefragt. So wurde die Schule in der Schönbrunnerstrasse 103 aufgelassen, ohne dass der Ortsschulrat um seine Meinung gefragt worden wäre. Das ist ganz unzulässig. Mit grossem ^{Kosten-}Aufwand ist in den Schulen das elektrische Licht eingeleitet worden. Die Belichtung ist aber ganz unzulänglich, denn es wurden unzweckmässige Beleuchtungskörper in Verwendung genommen und diese zu nahe am Plafond angebracht. Da die Beleuchtung der Schreibflächen der Bänke daher eine ganz unzulängliche ist, übernehmen Sie für die Gesundheit der Kinder eine ungeheure Verantwortung. Für die Beheizung der Schulen ist im vorigen Budget der Betrag von 80.000 Schilling eingespart worden. Das ist sehr verhängnisvoll. Es zeigt sich schon heute, dass die Klassen in den Nachmittagsstunden ^{schon} sehr stark ausgekühlt sind, was natürlich für die unterernährten und schlecht gekleideten Kinder eine grosse Gefahr ist. Dass für die Lehrmittelzimmer ein Heizverbot besteht, ist ein Uebelstand, dem sofort abgeholfen werden sollte. Die Rednerin beschwert sich dann darüber, dass die Desinfizierung der Schulen bei Infektionskrankheiten sehr zu wünschen übrig lasse, sie wird nur ganz flüchtig durchgeführt und der Effekt ist ein ganz unzulänglicher. Ueberdies müssen die Lehrkräfte, die in einer Infektionsklasse arbeiten, auch in anderen Klassen und in anderen Schulen unterrichten. Ein Einschreiten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

des Gesundheitsamtes wäre in dieser Hinsicht sehr notwendig. Die Rednerin beschäftigt sich dann mit der ^{unentgeltlichen} Ausgabe der Lernmittel an die Schulkinder und tadelt, dass sowohl die Kinder reicher Eltern, als auch sogar die Kinder reicher Ausländer die Lernmittel vollkommen unentgeltlich erhalten. Die unentgeltliche Ausgabe der Lernmittel ist auch eine Schädigung des Gewerbes, dem auch in dieser Beziehung die Gemeindeverwaltung nicht das geringste Verständnis entgegenbringt. Sie stellt den Antrag, die unentgeltliche Ausgabe von Lernmittel auf Kinder mittelloser oder minderbemittelter Eltern zu beschränken. Man fürchtet von Seiten der Mehrheit die Kritik der Lehrervund hat deshalb die Jugendschriftenprüfungsstelle im Stadtschulrat errichtet, die alleindarüber zu entscheiden hat, welche Bücher für den Unterricht zu wählen sind. Damit werden Rechte der Lehrer verätzt, da das Gesetz vorschreibt, dass die Schulbücher unter Mitwirkung der Lehrerkonferenzen ausgewählt werden müssen. Aber auch diese Prüfungsstelle wird manchmal übergangen. Zum Beispiel wurde das scheussliche Machwerk "Sintbad", der Seefahrer "trotz Ablehnung durch die Prüfungsstelle in den Leseplan aufgenommen. Es gibt sehr viel Klassenlektüre, aber die Quantität entspricht nicht der Qualität. Viele dieser Bücher finden den kindertümlichen Ton nicht. Dafür wärd wertvollstes Kulturgut nicht übernommen. Zum B. dürfen nur zwei Dramen "Wilhelm Tell" und "Der Traum ein Leben" in der Schule gelesen werden. Alle anderen Klassiker sind ausgeschaltet. Wir stellen daher ^{den} ^{das} Antrag, Bei Einführung neuer Lehr- und Lesebücher (Klassenlektüre) in öffentlichen Schulen gemäss den Bestimmungen des Reichsvolksschulgesetzes und der Schul- und Unterrichtsordnung das Recht der Lehrerschaft auf Mitberatung in den Lehrerkonferenzen zu wahren ist. Die Bücher, die an der Schule eingeführt werden, werden nicht einmal der ministeriellen Approbation zugeführt. Vom Ministerium wurden unter anderem abgelehnt "Rübezahl", in dem sich geradezu Unsittlichkeiten finden, "hönig Laurens Rosengarten", "Bauernkriege in Oesterreich", vielleicht das widerlichste Buch, das es an unseren Schulen gibt, ein Machwerk niedrigste Sorte. Vom Ministerium abgelehnt wurden auch die zwei Bücher, die anlässlich der 10jährigen Republikfeier hinausgegeben wurden. Diese Bücher strotzen von frechen Geschichtslügen und sind nichts als eine ganz gewöhnliche Parteipropaganda. Ihre Ausgabe hat nicht weniger als 170.000 S gekostet und man hat die Bücher noch ausgeteilt, bevor die ministerielle Genehmigung da war, sodass viele Kinder die Bücher schon hatten, als in der letzten Minute die Schulen davon verständigt wurden, dass das Ministerium die Approbation nicht erteile. Die Rednerin stellt den Antrag, dass alle Lehr- und Lesebücher (Klassenlektüre), über deren Zulässigkeit das Unterrichtsministerium nicht entschieden oder dies ausdrücklich abgelehnt oder verboten hat, aus dem Leseplan, den Bestand der Lernbücherein und aus den Schulbüchereien unverzüglich auszuschneiden sind. Sie erklärt schliesslich, dass ihre Partei gegen den Voranschlag stimmen werde (Lebh. Beifall b.d. Chr.)

GR. Deutsch-Kramer (soz.) bemerkt, kritisieren sollte nur derjenige, der eine Sache besser versteht oder sie selber besser machen kann. Das ist bei der Kritik, die hier geübt wird, keineswegs der Fall. Gewöhnlich wird die Methode geübt, dass zuerst irgendeine Raubergeschichte erzählt und daraus gefolgert wird, was alles schlecht ist. Dann stellt sich heraus, dass an der ganzen Geschichte kein Wort wahr ist. Zum Beispiel hat GR. Suchenwirth eine Geschichte von einem Mann erzählt, der zum Schulleiter ernannt wurde, weil er mit den Kindern Waschtage veranstaltet hat. In Wirklichkeit hat der Mann vor 8 Jahren im Handfertigkeitsunterricht den Kindern gezeigt, wie sie ihrer Mutter beim Waschen helfen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am

können, ^{Der Mann} würde jetzt zum Schulleiter ernannt. Oder GR. Sucherwirth hat eine solche Raubergeschichte von einer ^{Direktorin} erzählt, die angeblich, als sie eine Eingabe für eine Lehrerin machen sollte, erklärt haben soll, sie könne das nicht. In Wirklichkeit hat es sich um die Anrechnung einer Vordienstzeit für die Lehrerin gehandelt und die Leiterin hat gesagt, sie müsse erst Erkundigungen darüber einziehen (Zwischenrufe). Hier im Wiener Gemeinderat wird alles mögliche kritisiert. Zum B. hat man die Fürsorge kritisiert. Wie hat man es in Thüringen gemacht (Zwischenrufe! b.d. Nat.) Dort hat man im vorigen Jahr die Ausgaben für Fürsorge von 1,300.000 S. auf 270.000 S. heruntergesetzt (Lebh. Hört Hörtrufe b.d. Soz.-Zwischenrufe b.d. Soz.-GR. Mühlberger: Weil man den Leuten Arbeit verschafft hatte.-Andauer de Zwischenrufe) Oder man nennt die Wiener Wohnpolitik schlecht. Ich habe zufällig die Koburger Bauten gesehen, die die Nazi aufgepflzt haben. Das sind Baracken der letzten Sorte, ohne Gas, ohne Licht, ohne Boden, ohne Keller (Stürmische Hört Hörtrufe b.d. Soz. -Zwischenrufe und Lachen b.d. Nat.) Aehnlich ist es mit der Kritik an der Schule. Die Gemeinderätin Schlö-singer hat über die schlechte Behandlung der Wiener Lehrer geklagt. In Wien haben die Lehrer 13 1/2 Monatsbezüge, in Niederösterreich, wo die Christlichsozialen regieren, nur 12. In Niederösterreich plant die Landesregierung den Abbau von 1000 Lehrern, darunter von 521 verheirateten Lehrerinnen (Hört Hört b.d. Soz.-Lebh. Zwischenrufe). In N. Oesterr. will man jetzt über 400 Klassen sperren. In 100 Klassen in Niederösterr. wird nur halbtätiger Unterricht erteilt, wodurch den Kindern drei Jahre verloren gehen (Hört Hört b.d. Soz.) Es besteht der Plan, dort 3 Klassen von zwei Lehrern führen zu lassen. Die Lehrer werden statt 25 28 Schulstunden übernehmen müssen. Und erst in Thüringen! (Lachen und Zwischenrufe b.d. Nat.) Dort sind die Gehälter der Junglehrer von 210 auf 180 und von 270 auf 200 Mark gekürzt worden (Stürmische Hört Hörtrufe bei d. Soz.-Zwischenrufe.) Die Gemeinde Wien hat 61.000 S für das Pädagogische Institut, für Kurse, für die Zentralbücherei ausgegeben. In Niederösterr. gibt es nichts dergleichen. In Thüringen wurden die Auslagen für die Lehrerfortbildung in einem Jahr von 60.000 auf 9.000 herabgesetzt (Lebh. Hört Hörtrufe b.d. Soz.-Zwischenrufe). Es wurde auch die Schülerzahl bemängelt. Als ich in dem christlichsozial verwalteten Wien Lehrerin in einer Schule bei der Spinnerin am Kreuz war, waren in einer Klasse 80 Schülerinnen und heute hält man sich darüber auf, dass die Schülerzahl in Wien durchschnittlich 34 ist. In Niederösterr. ist sie 45, in Vorarlberg 47, in Tirol über 40, im Burgenland 51, in Oberösterr. 49 und in Thüringen 48 (Hört Hört b.d. Soz.-Zwischenrufe). In Wien sind 60 Prozent aller Schulen ein-bis zweiklassig. In Thüringen sind in den Berufsschulen die Wochenstunden von 8 auf 6 und in den Schulen, wo die Kinder von Hilfsarbeitern sind, sogar auf 4 herabgesetzt worden (Hört Hört b.d. Soz.) Die Universitäten hat man allerdings nicht angerührt (Zwischenrufe). Die Gemeinderätin Schlö-singer ist um das Wohl der Kinder sehr besorgt. Die Gemeinde ^{gibt} für Schulausspeisungen allein über 2 Millionen aus und speist täglich 13.000 Kinder aus. (Zwischenrufe.) Sie schickt in einem Jahr 30.000 Kinder aufs Land. Es wurde geklagt, dass die Lehrer keinen Einfluss haben. In Wirklichkeit haben sie heute mehr Einfluss als jemals (Zwischenrufe). Wie wurden unter den Christlichsozialen die Lehrer behandelt! Hier in diesem Saale standen wir junge Lehrer und mussten in die Hand Luegers das Gelöbnis ablegen, dass wir weder Sozialdemokraten, noch Deutschnationalen sind. Ich wurde einmal zur Rede gestellt, weil man bei mir im Konferenzzimmer die Arbeiter-Zeitung sah. Das war die politische Freiheit, die wir hatten. Sie beklagen sich darüber, dass man die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

Lehrer in Wien zur Mitwirkung nicht heran^{nicht!}? In Niederösterreich hat man schon zehn Jahre lang keine Bezirkslehrerkonferenz einberufen. Dem Antrag Schlösinger, dass nur die armen Kinder die Lernmittel umsonst bekommen, stimmen wir nicht zu. Wir wollen nicht, dass schon in der Schule die Klassenunterschiede beginnen. (Lebh. Zwischenrufe). Trotz aller Ihrer Kritik werden die Werke des Sozialismus, die Wiener Bauten und die Wiener Schule noch lange bewundert werden, wenn von Ihnen schon lange nichts mehr übrig ist (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Soz.-Anhaltende Zwischenrufe).

Vorsitz. Weigl erteilt dem GR. Dr. Suchenwirth das Wort.

(Lebh. Rufe bei der Soz.: Oh je! - Rufe: Pane Suchanek! - Beifall bei der Nat.)

GR. Dr. Suchenwirth (Nat.) bezeichnet es als eine ästhetische Herausforderung, dass die Mehrheit Frau Deutsch-Kramer als Rednerin aufgestellt hat. Frau Deutsch-Kramer wäre für gewisse erotische Zeitschriften, wie Pettauers Wochenschrift, eine bessere Referentin als für pädagogische Zwecke.

Vors. Weigl: Ich muss den Herrn GR. bitten, beleidigende Ausdrücke zu unterlassen. Sie haben sich nicht an die Person, sondern an die Versammlung zu wenden.

GR. Dr. Suchenwirth weist darauf hin, dass durch die zehnjährige Erfüllungspolitik in Deutschland

die Finanzen des Reiches und der Länder vollständig erschöpft worden sind. Wo die Nationalsozialisten die Regierung übernommen haben, maasten sie erst den Augias stall der Sozialdemokratie ausmisten. Und nun wagt man es gegen Männer, die das deutsche Vaterland wieder in Ordnung bringen, die Hand aufzuheben (Beifall bei der Nat.) Frau Deutsch-Kramer soll nicht in die Ferne schweifen, sondern soll lieber an die Ersparungsmaßnahmen denken, die in Schwechat notwendig geworden sind, oder daran, wie es mit der Schulpflege in dem sozialdemokratisch verwalteten Steyr aussieht, wo nicht einmal die Beleuchtung der Klassenzimmer gewährleistet ist. In St. Pölten, Vöslau, Donawitz, Steyr und in vielen anderen sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden stockt heute jedes Leben. Auch die Schulen der Stadt Wien befinden sich in einem desolaten Zustand. Bei der Hauptschule in der Teublergasse im XXI. Bezirk fällt der Bewurf ab, die Dachrinne ist zerbrochen, auf den Gängen zeigen sich Flecken von durchsichtigem Wasser, das Hopfplaster ist schadhaf. Wenn fremde Besucher nach Wien kommen, um die sogenannte Schulkreform zu studieren, werden sie in bestimmte Schulen geführt, die gut ausgestattet sind. Schicken Sie doch die fremden Kommissionen in die Vorgartenstrasse, wo der Hof seit 3 Jahren eingerüstet ist, oder in die Höbergasse, wo die Klassenzimmer vollständig verrottet sind, wo es in den Zeichensaal regnet und durch das ganze Schulhaus ein Sprung geht. Sie sprechen immer von der Fürsorge für die Kinder, dabei haben Sie einen eigenen Ersparungsinspektor in der Person des pensionierten Hofrates Washaber bestellt, der zu seiner staatlichen Pension einen Gehalt von 500 oder 700 S monatlich bekommt. Sie sorgen nicht für anständige Schulräume ^{wohl} aber dafür, dass Ihre Parteigänger einen Nebenverdienst erhalten. Beinahe alle Mitglieder der roten Fraktion in diesem Saale sind Doppelverdiener. Die Arbeitslosen von Wien sollten einmal untersuchen, was für sanierte Persönlichkeiten hier unter den sogenannten Sozialisten sitzen. Zu den Arbeitslosenversammlungen traut sich dieses Gelichter nicht mehr.

Vorsitz. Weigl ruft den Redner zur Ordnung.

G. Dr. Suchenwirth: In diesjährigen Voranschlag sind 900.000 S für Lehrmittel ausgeworfen. Es handelt sich um einen famosen Verlag "Jugend und Volk",

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

der eine Melkkuh der Wiener Schulreformer geworden ist. Die Erzeugnisse dieses Verlages sind für den Unterricht wertlos. Die Gemeinde hat der Lehrerschaft das ihr nach dem Reichsschulgesetz zustehende Recht, über die einzuführenden Bücher zu entscheiden, weggenommen, sie entscheidet nach dem Vorschlag des Stadtschulrates, aber nicht des ^{Konkurrenz} des Stadtschulrates, sondern eines Konsortium, das an den Lehrbüchern verdient. Der Bürgermeister hat erklärt, er finde nichts daran, dass Herr Glöckel eine ständige Entlohnung als Aufsichtsrat und Präsident des Verlages bekommt. Früher erhielten die Aufsichtsräte Präsenzgelder von 60 bis 100 Schilling für die Sitzung. Das war Herrn Glöckel zu wenig und nun erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine monatliche feste Gebühr ohne Rücksicht auf Gewinn oder Verlust des Unternehmens. Präsident des Aufsichtsrates ist Herr Glöckel, sein Stellvertreter war der inzwischen verstorbene Hofrat Kummelhardt, dem Aufsichtsrat gehört auch Gemeindegemeindat Leopold FallerThaller an. (Aha Rufe bei den Nat. soz. - GR. Thaller: Sie sind sehr schlecht unterrichtet! Sie glauben, ich bin ein kapitalistischer Verwaltungsrat! - Zahlreich Zwischenrufe und anhaltender Lärm.) Wir würden Ihnen keinen Vorwurf machen, wenn Sie Herrn Glöckel als Präsidenten des Stadtschulrates eine bessere Entlohnung geben, aber wir finde es unanständig, wenn jemand mit seiner ehrenamtlichen Stellung als Stadtschulrat protzt und sich ohne Wissen der Oeffentlichkeit bei einem Schulbücherunternehmen saniert. (Beifall bei den Nat. soz.) Die Bücher dieses Verlages sind minderwertig und für Unterrichtszwecke ungeeignet. (Anhaltende Zwischenrufe und grosse Unruhe) STR. Speiser hat, nachdem er seine Parteigenossen zu lauten Reden veranlasst hat, den Saal etwas fluchtartig verlassen. Es ist ihm offenbar unangenehm, die Wahrheit zu hören. Ich möchte betonen, dass die Zahlen, die er in seinem Schlussworterwiderungen bringt, meist nicht zutreffend sind, sodass man hier gelinde gesagt, von Lügen sprechen muss. Die Behandlung der Personalangelegenheiten durch die Gemeinde Wien ist eine unaufrichtige. Die Mehrheit könnte sagen, wir stellen an und befördern nur Sozialdemokraten. Das wäre ein tyrannischer Standpunkt, aber er wäre offen und aufrichtig. Sie aber erklären immer, Sie können nicht die politische Zugehörigkeit der Lehrer, aber Sie finden mit sicherem Griff lauter Sozialdemokraten heraus.

Der Redner bemängelt, dass die Desinfizierung der Klasse nach Krankheitsfällen sehr viel zu wünschen übrig lässt. Die sanitären Zustände der Wiener Schulen zeigen dasselbe Bild wie die Gemeindebauten. Nach aussen Prunk, im Inneren Verwahrlosung. Verwahrloste Schulgebäude und unhygienische Klassenzimmer sind die Stätten, in denen sich unsere Jugend aufhalten soll. Daran können auch die Potemkinschen Dörfer nichts ändern, die Sie den Fremden zeigen. (Beifall bei den Nat. soz. - Vyberne- und Hanba-Rufe bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

GR. Müller (chr.) spricht zunächst die Hoffnung aus, dass die heuer für Bauten an der Grossmarkthalle eingesetzten Beträge auch wirklich heuer noch zur Veranschlagung gelangen werden. Vielleicht wäre es jetzt schon möglich, einen Teil dieser Arbeiten zu vergeben. GR. Müller bringt sodann Klagen der Ständebesitzer auf dem Naschmarkt über die tristen Verkehrsverhältnisse dort selbst vor und verlangt Abhilfe. Insbesondere sollte auch von den sogenannten "Produzenten" der Nachweis verlangt werden, dass sie wirklich produzieren, da viele dieser sogenannten Produzenten erst auf dem Naschmarkt einkaufen, dann die Ware umpacken und sie dann wieder verkaufen. Auch der Unfug der Limonihändler sollte beseitigt werden. Die Verhältnisse auf dem Rudolfsheimer Markt sind wegen der Rattenplage unhaltbar. Der Markt müsste geteilt werden. Auch bezüglich des Lagerhauses müsste etwas geschehen. Man kann vom Lagerhaus nicht alle rückständigen Zinsen verlangen. Auch die Personalverhältnisse im Lagerhaus bedürfen einer Aenderung. Heute entfällt auf einen Arbeiter ein Betrag von 5000 bis 6000 S. Eine Aenderung könnte in der Weise vorschreiten, dass der Stand der Aufsicht von 180 auf 50 herabgesetzt wird. Der Redner ersucht den Vizebürgermeister Emmerling, ednlich dafür zu sorgen, dass auch die Verkehrsunternehmungen beim Wirtschaftsamt einkaufen. Dadurch würde auch das Wirtschaftsamt in die Lage versetzt werden, viel billiger einkaufen zu können. Der Redner weist schliesslich darauf hin, dass der Zustand vieler Schulen durchaus nicht gut ist. Dasselbe gilt von den Amtsgebäuden, insbesondere vom Fernalser Amtshaus. Es müssten wieder einmal Kommissionierungen der Amtsgebäude vorgenommen werden. (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

St. R. Linder gibt in seinem Schlussworte zunächst Aufklärung darüber, wie die im Budget vorgesehenen Beträge für Instandsetzungsarbeiten an den Schulen im einzelnen verwendet werden sollen. Was die Landeskultur betrifft, so ist hiefür ins Budget wohl kein Betrag eingesetzt worden, in Notfällen wird aber immer ausgeholfen wie dies anlässlich der Hagelschäden vor 2 Jahren und auch heuer wieder geschehen ist. Wie sehr die Gemeinde der Landwirtschaft zu helfen bemüht ist, geht daraus hervor, dass vom Gemeindeboden 1392 Hektar verpachtet und 200 Hektar für Gärtnereizwecke überlassen wurden. An eine Verlegung des Gärtnermarktes auf dem Volkwehrplatz ist nicht gedacht. Hinsichtlich der vom GR. Huka berührten Frage der sogenannten Grundgebühren weist St. R. Linder darauf hin, dass diese Gebühren infolge der Anlieferung von minderwertigem Vieh in den letzten Monaten und Wochen sehr gesunken sind. Da die Grundgebühren die Basis für alle anderen Marktprodukte bilden hat man sich entschlossen, sie nach unten hin auf den niedrigsten Stand zu begrenzen, nach oben hin sind sie mit 2 Pro mille limitiert. Die Gemeinde verlangt insgesamt an Gebühren 10 Schilling für das Tier und stellt dafür die Schlachthäuser, die Ställe und so weiter zur Verfügung. Das ergibt bei einem 800 Kilogramm schweren Kind eine Belastung von 1/10 Groschen per Kilogramm Lebengewicht, während das Kilogramm Lebengewicht vom Bund aus mit 38 1/2 Groschen belastet ist. GR. Mühlberger hat heute wieder über das seinerzeitige Verlangen, der Markt auf der Feinprechtsdorferstrasse möge für einen nationalsozialistischen Gaudtag zur Verfügung gestellt werden, gesprochen. Die Deutschösterreichische Tageszeitung hat seinerzeit die Sache in grosser Aufmachung gebracht. Ich habe es nicht in der Mühe wertgefunden, das zu berichtigen und habe mir nur gedacht, GR. Mühlberger ist auf einem solchen Niveau, dass er nicht einmal weiss, was ich mit ihm gesprochen habe. Ich werde mir das zur Lehre dienen lassen und in Zukunft bei Gesprächen mit ihm einen Zeugen beiziehen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

Er hat von mir verlangt, ich möge diesen Markt für eine politische Versammlung hergeben und ich habe ihm erwidert, es handle sich hier um eine politische Frage und ein Markt hat mit der Politik nichts zu tun. GR. Gratzenberger hat heute wieder über alles mögliche gesprochen. Er ist der Mann, der bei allen Dingen etwas riecht. Er sollte in seiner Partei mehr herumriechen. Er verlangt unter anderem Aufklärung über Dinge, über die wir nicht sprechen dürfen, weil es sich um Gericht anhängige Sachen handelt. Ich werde ihm auch keine Auskunft über das von ihm verlesene vertrauliche Protokoll geben, weil ich nicht weiss, ob das was darin enthalten richtig ist oder nicht, denn dieses Protokoll wurde bei Gericht gestohlen (Lebh. Hört Hörtrufe b. d. Soz.) Mit aller Entschiedenheit muss ich es aber zurückweisen, wenn GR. Gratzenberger es wagt, Beamte der Mag. Abt. 42 auch nur zu verdächtigen. Die Beamten sind über allen Verdacht erhaben (Lebh. Beifall b. d. Soz. - Stürmische Zwischenrufe b. d. Nat.)

GR. Gratzenberger: Das habe ich nicht getan, das ist eine Lüge (Mehrere andere nat. soz. Gemeinderäte rufen: Lügner! Lügner!)

Vorsitz. Weigl ruft den GR. Gratzenberger zur Ordnung.

St. R. Linder: Wenn Sie mir das sagen, gehe ich darüber hinweg. Eine Partei die so verlogen ist, hat das Mass dafür was Wahrheit und Lüge ist, verloren (Zwischenrufe).

GR. Mühlberger: Sie haben gelogen.

Vorsitz. Weigl ruft den GR. Mühlberger zur Ordnung.

Vor der Abstimmung erfolgt eine Reihe von tatsächlichen Berichtigungen.

GR. Beisser (soz.) berichtet tatsächlich, dass er niemals mit einer Wohnungsschiebung etwas zu tun hatte. (Zwischenrufe b. d. Nat.) Wer noch einmal eine solche Behauptung aufstellt, sagt bewusst die Unwahrheit und begeht eine schwere Verleumdung. (Andauernder Lärm. - Zwischenrufe b. d. Nat.) - GR. Gratzenberger (nat. soz.) Sie sind ein gewöhnlicher Wohnungsschieber. - GR. Beisser (soz.) Sie sind ein Lügner und Verleumder. - Andauernder Lärm.

GR. Thaller berichtet tatsächlich, dass es nach dem sozialdemokratischen Parteistatut jedem Parteimitglied verboten ist, in einer kapitalistischen Aktiengesellschaft ein Verwaltungsratsmandat zu bekleiden. Wenn Gemeinderäte der Mehrheit ein Verwaltungsratsmandat bekleiden, so ist ihnen diese Funktion vom Gemeinderat übertragen worden. Wird hierfür eine Vergütung geleistet, so wird diese vom Stadtsenat genehmigt und zur Gänze an die Gemeindekasse abgeführt; er berichtet tatsächlich, dass weder er noch GR. Jenschik überhaupt ein Verwaltungsratsmandat bekleiden.

GR. Huka (chr.) berichtet tatsächlich, dass eine Besprechung über die Erhöhung der Kühlraumgebühren stattgefunden habe, weiters, dass 7 Kündigungen in der Grossmarkthalle ausgesprochen wurden und bis heute tatsächlich eine Kündigung vollzogen worden ist.

GR. Gratzenberger (nat.) berichtet tatsächlich, dass er die Daten bezüglich der Verwaltungsratsmandate dem Kompass entnommen habe und berichtet tatsächlich, dass er keinen Betrag genannt habe. GR. Süchenwirth (nat.) berichtet tatsächlich, dass er die Daten aus dem Adelsregister entnommen habe, wo als Aufsichtsräte des Deutschen Verlaes für Jugend und Volk Nationalrat Glöckel und GR. Thaller aufscheinen. (GR. Thaller: Sie sind um 6 Jahre zurückgeblieben, wir schreiben heute 1932). Ich berichtige tatsächlich, dass laut Zeugenaussage des Direktors Wiedling die Mitglieder des Aufsichtsrates Präsenzgelde von 60 bis 100 S pro Sitzung erhalten. St. R. Linder berichtet tatsächlich, dass der Leiter der Ernährungsdienstes mit GR. Huka keine Besprechung hatte über die Erhöhung der Kühlraumgebühren und berichtet tatsächlich, dass der Leiter der Ernährungsdienstes dies ihm gegenüber soeben festgestellt habe.

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe VI werden unter Ablehnung sämtlicher Anträge der Minderheit angenommen. Ebenso wird der Antrag, auf Erhöhung der Grundgebühr angenommen, der Antrag Huka auf Festsetzung einer Maximalgebühr auf 1'80 wird abgelehnt, schliesslich wird der Antrag auf Erhöhung der Entschädigung an den Wr. Bürgerspitalsfonds angenommen und die Sitzung um 22 Uhr 16 geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

319 a

Wien, am 21. Dezember 1932.

Das Glatteis in Wien.

Der ununterbrochene Kampf gegen das Glatteis wird verschärft.

Nach den Wettervoraussagen ist mit einer Besserung des Wetters und mit einem Zurückgehen der Glatteisbildung nicht zu rechnen. Der städtische Strassenpflegebetrieb macht daher alle Anstrengungen, um der Gefahren des Glatteis Herr zu werden. Bei der jetzigen ganz ungewöhnlichen Glatteisbildung hat es sich insbesondere in den Hauptverkehrsstrassen gezeigt, dass die Bestreuung der Strassenübergänge durch die rasch fahrenden Personenautomobile und Schnelllastkraftwagen in kürzester Zeit illusorisch gemacht wird. Dies macht es zum Beispiel in der Mariahilferstrasse notwendig, die Bestreuung der Uebergänge ununterbrochen durchzuführen; auch in anderen wichtigen Verkehrsstrassen, die vor allem mit Granitpflaster versehen sind, wird durch den raschen Fuhrwerksverkehr das Aufstreumaterial von den teilweise angerundeten Oberflächen der Pflasterwürfel weggefegt. Mit der Bestreuung kann bei diesem Wetter eine volle Wirksamkeit überhaupt nicht erzielt werden, da durch das fortwährende Niedergehen von Nebelschwaden das Streumaterial selbst in kürzester Zeit mit Eis überzogen wird. Dennoch werden alle Anstrengungen gemacht, um den Fussgänger- und Wagenverkehr aufrecht zu erhalten und für dessen Sicherheit vorzusorgen. Seit einer Woche steht das ständige Strassenpflegepersonal jede Nacht schon von 3 Uhr früh an im Dienst; täglich ist eine Mannschaft von 1.000 Mann schon lange vor dem Einsetzen des starken Frühverkehrs mit den Aufstreuarbeiten beschäftigt. Diese Arbeit wurde durch das Einsetzen automobiler Streumaschinen wirksam verstärkt, die innerhalb 24 Stunden ungefähr 200 Kilometer Strassenlänge behandeln. Ausserdem wurden insbesondere für die Bestreuung der bergigen Strassen und für den Nachschub von Aufstreumaterial 14 Lastkraftwagen des Strassenpflegebetriebes und 80 private Pferdefuhrwerke fortlaufend in den Dienst gestellt. Bis heute wurden für die Aufstrauarbeiten nicht weniger als 6000 Kubikmeter Streumaterial aufgewendet, das sind rund 1.000 Eisenbahnwaggons.

Das, wie schön erwähnt, anzunehmen ist, dass die Wetterlage in der nächsten Zeit die gleiche bleiben wird, wird von morgen, Donnerstag an, die Aufstreutätigkeit des städtischen Strassenpflegebetriebes im verstärkten Masse fortgesetzt werden. Im dringendsten Interesse der Sicherheit der Fussgänger und des Fuhrwerksverkehrs selbst wäre es gelegen, wenn die Kraftwagen bei dieser ungewöhnlichen Glatteisbildung ein langsames Tempo, als bisher beobachtet werden konnte, einhalten würden.

.....